

11 MYTHEN

zu

WIRTSCHAFT & KRISE



Kürzungen, Entlassungen, steigende Preise und Aufrüstung prägen die Nachrichten und die Politik.

„Wir müssen uns alle mehr anstrengen.“

„Wir müssen mehr und länger arbeiten.“

„Wir müssen kriegstüchtig werden.“

Wer ist eigentlich dieses *Wir*? Und *müssen* wir wirklich all das tun? Diese und viele weitere Fragen begegnen uns immer häufiger im Alltag – auf der Arbeit, am Esstisch oder im Freundeskreis.

Wir sagen: Krieg und Krise müssen nicht sein. Eine Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht am Profit, ist möglich – und dafür lohnt es sich zu kämpfen!



Mythos 1: Arbeit muss sich wieder lohnen.

Ja, das stimmt. Millionen Menschen arbeiten ihr Leben lang und müssen später trotzdem Flaschen sammeln.

„*Arbeit muss sich wieder lohnen*“ bedeutet für die Bundesregierung aber nicht bessere Bezahlung, sondern mehr Druck auf Arbeitslose, jegliche Arbeit anzunehmen. Noch im Wahlkampf sagte Merz: *„Wir werden dieses System Bürgergeld vom Kopf auf die Füße stellen, da werden sich zweistellige Milliardenbeträge einsparen lassen.“* Die Bundesregierung hat das Bürgergeld zum 1. Juli 2026 durch die neue Grundsicherung ersetzt. Sie will Menschen schneller in Arbeit vermitteln und verschärft Konsequenzen bei Pflichtverletzungen. Zusätzlich ist ein Aktionsplan gegen Sozialleistungsmissbrauch angekündigt.

Recherchen zeigten jedoch schnell: Mit dem Programm lassen sich lächerliche 0,2% einsparen. Bei dieser Reform geht es nicht darum, dass *Sozialschmarotzer* große Beträge kosten oder viel mehr Menschen in Arbeit kommen sollen.

Stattdessen ist die Reform ein Angriff auf alle Arbeiter:innen. Sie schwächt nicht nur die Betroffenen, sondern die Position aller Beschäftigten: Wer einen Arbeitsplatz hat, kann sich weniger gegen schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen wehren, wenn gleichzeitig Menschen gezwungen werden, solche Zustände zu akzeptieren. Während die Reichen immer reicher werden, lenken Sanktionen und mediale Hetzkampagnen unsere Aufmerksamkeit auf die, die am wenigsten haben.

Mehr Informationen

tagesschau.de/inland/innenpolitik/buergergeld-gesetzentwurf-100.html

Mythos 2: Wirtschaft gut, alles gut?

„Wirtschaft gut, alles gut“ steht aktuell auf Wahlplakaten in Berlin. Mit einer „gemeinsamen Kraftanstrengung“ sollen wir alle der Wirtschaft wieder auf die Beine helfen. Dafür wollen Politiker:innen, dass wir Kürzungen in allen Lebensbereichen hinnehmen – beim Elterngeld, beim Wohngeld, bei der Krankenversorgung –, und das alles für die „gute, gemeinsame Sache.“

Aber warum sollten wir? In den letzten Jahrzehnten ist von der blühenden Wirtschaft nichts bei der Bevölkerung angekommen. Heute schaffen wir mit einer Stunde Arbeit doppelt so viel wie noch 1990, bekommen aber nur ein Viertel mehr Lohn.

Wer garantiert uns, dass wir nach dieser aktuellen *Kraftanstrengung* etwas mehr vom Kuchen abbekommen? Während der letzten Krise (Corona) haben Millionen Menschen ihre Arbeit verloren und sind in die Armut gerutscht, aber gleichzeitig sind allein in Deutschland 60 neue Millionäre entstanden. Wir kriegen also auf die Kappe, während Konzerne und Unternehmer:innen in der Krise noch mehr Plus machen. Nein danke – für die Gewinne der Chefs schnallen wir keinen Gürtel enger!

Mehr Informationen:

boeckler.de/de/boeckler-impuls-besser-als-gedacht-4224.htm (Lohnzuwachs seit 90ern)

oxfam.de/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit-2026 (Anzahl Milliardäre)

de.statista.com/infografik/33692/reales-bip-je-erwerbstaetigem-und-je-erwerbstaetigenstunde-in-deutschland (Produktivität in Deutschland)

Mythos 3: Wir brauchen mehr “flexible Arbeit”.

Die Bundesregierung möchte den Arbeitsmarkt *flexibilisieren*: In Zukunft soll es erlaubt sein, uns ohne Grund nur auf zwei Jahre befristete Arbeitsverträge zu geben, auch mehrmals hintereinander.

Das bedeutet für uns Arbeiter:innen natürlich vor allem eines: riesige Unsicherheit. Habe ich meinen Job in zwei Jahren noch? Gibt mir der Chef einen Anschlussvertrag, auch wenn ich heute keine Überstunde schiebe? Bekomme ich eine Wohnung ohne unbefristeten Arbeitsvertrag? Merz spricht selbst aus, wem diese *Flexibilisierungen* wirklich zugutekommen: „Wir beginnen, die Fesseln zu lösen, die unser System auch den Unternehmen auflegt.”

Die neue Befristungsregelung schafft ein zusätzliches Machtmittel auf Seiten der Arbeitgeber. Sie können wirtschaftliche Risiken leichter auf die Belegschaft abwälzen und uns stärker unter Druck setzen.

Dabei haben Arbeiter:innen den Kündigungsschutz und das Verbot von grundlosen Befristungen erkämpft, um sich vor Willkür und Unsicherheit zu schützen. Die aktuellen Gesetzesänderungen sind ein Angriff auf diese Errungenschaften und machen uns wieder stärker zu Schachfiguren im Business-Spiel der Unternehmer.

Mehr Informationen

tagesschau.de/inland/arbeitsmarkt-koalition-100.html
(Zitat Merz)

jacobin.de/arbeitsmarkt-merz-reformen-cdu-arbeitsvertrag

labournet.de/?p=236402

Mythos 4: Der Staat, das sind wir alle.

Merz behauptet, wir alle in Deutschland hätten das „*gemeinsame Ziel, unser Land besser zu machen*“, und leitet damit die größte Kürzungswelle im Sozialstaat seit 20 Jahren ein. Es sei angeblich nötig, dass Jugendlichen ihr Unterhaltsvorschuss gestrichen wird, Migrant:innen keine Deutschkurse mehr bekommen und wir noch mehr als 8 Stunden am Tag arbeiten.

Diese Kürzungen machen unser Leben in diesem Land aber gar nicht besser. Stattdessen wird das Geld, das an uns gespart wird, in Waffen und Steuererleichterungen für Konzerne investiert. Wer verspricht uns, dass unsere Steuergelder *nach der Krise* in neue Schultoiletten, gute ärztliche Versorgung und günstige Wohnungen fließen – und nicht wieder in irgendwelche korrupten Maskendeals gesteckt werden?

„*Der Staat, das sind wir alle*“, sagt Merz. Klingt schön – aber sind wir wirklich alle gleich, wenn die Interessen von Beschäftigten und Unternehmen aufeinanderprallen? Wenn Arbeiter:innen höhere Löhne und sichere Arbeitsverhältnisse fordern, während Unternehmen ihre Gewinne schützen wollen, zeigt sich, auf wessen Seite der Staat tatsächlich steht. Der Staat ist deshalb kein neutraler Schiedsrichter: Er schützt vor allem die Ordnung, in der Unternehmen Gewinne machen und wir unsere Arbeitskraft verkaufen müssen.

Mehr Informationen:

[zeit.de/news/2025-05/14/merz-verlangt-gewaltige-kraftanstrengung](https://www.zeit.de/news/2025-05/14/merz-verlangt-gewaltige-kraftanstrengung)

Podcast: Fabian Lehr “Die Diener des Volkes, oder: Demokratie der Reichen”

Mythos 5: Der Wirtschaft geht es schlecht, weil wir nur 8 Stunden am Tag arbeiten.

Das ist falsch, denn es ignoriert den Kern der *Krise*. Dass die deutsche Wirtschaft bisher so stark war, lag grundlegend daran, dass deutsche Unternehmen billige Rohstoffe, Energie und Bauteile aus Ländern, in denen die Arbeiter:innen noch weniger verdienen, importieren konnten. Die verarbeiteten, teureren Produkte wurden dann exportiert.

Das brachte den Unternehmen hohe Profite und Wirtschaftswachstum. Aber dieses Modell geht aus mehreren Gründen nicht mehr auf: Steigende Preise für Rohstoffe und Energie, sinkende Nachfrage aus der EU und anderen Ländern sowie stärkere internationale Konkurrenz treffen auf jahrelange Fehlentscheidungen deutscher Unternehmen und eine kaputtgesparte Infrastruktur.

Das Grundproblem hat also nichts damit zu tun, dass die Leute zu wenig arbeiten. Alle Maßnahmen, um Leute zum Arbeiten zu zwingen, werden daran auch nichts ändern. Stattdessen ist die aktuelle Situation für Unternehmen ein willkommener Vorwand, den Beschäftigten ihre Misswirtschaft in die Schuhe zu schieben, um nicht auf ihre Gewinne verzichten zu müssen. In diesem Zuge soll eine der wichtigsten Errungenschaften der Arbeiterbewegung, der 8-Stunden-Tag, abgeschafft werden.

Mehr Informationen:

lowerclassmag.com/2026/05/12/das-ende-des-8-stunden-tages

Mythos 6: Die Migranten nehmen uns die Arbeitsplätze weg.

Viele Migrant:innen sind dazu gezwungen, schlecht bezahlte oder sogenannte *informelle* Jobs anzunehmen, z.B. aufgrund unsicherer Aufenthaltstitel, nicht anerkannter Qualifikationen oder einer fehlenden Arbeitserlaubnis. Die Kolleg:innen können sich schlecht gegen ihre miesen Arbeitsbedingungen wehren und sind oft nicht einmal gewerkschaftlich vertreten.

Das Problem besteht nicht darin, dass Migrant:innen „den Deutschen“ Arbeitsplätze wegnehmen, sondern darin, dass Beschäftigte überhaupt miteinander um Arbeitsplätze und Löhne konkurrieren müssen. Richten wir den Blick nach oben – auf die, die von diesem System profitieren!

Mehr Informationen:

jacobin.de/migration-sahra-wagenknecht-bsw-lohnkonkurrenz



Mythos 7: Aufrüsten bringt uns neuen Wohlstand.

Zunächst scheint logisch: Staatliche Rüstungsausgaben erzeugen kurzfristig Umsatz und Beschäftigung. Waffen müssen produziert, Stahl verarbeitet, Elektronik entwickelt werden. Forschung und Industrie werden Anreize gegeben, in die Entwicklung neuer Waffen und Kriegstechnologien zu investieren. Die global angespannte Lage ist für Investor:innen und Politiker:innen kein Weckruf, um für Frieden einzutreten, sondern eine Marktlücke.

Doch selbst die optimistischsten Prognosen gehen davon aus, dass durch die Aufrüstung höchstens ein Viertel der verlorenen Arbeitsplätze wieder entstehen könnte. Und auch der Einfluss auf die Wirtschaft ist minimal.

Ein Euro für einen Panzer ist kein Euro, der die Wirtschaft langfristig wachsen lässt. Anders als eine neue Straße oder eine Schule schafft ein Panzer keinen dauerhaften wirtschaftlichen Nutzen – er wird produziert und entweder irgendwann verschrottet oder, eingesetzt um Schaden anzurichten. Je mehr Panzer gebaut werden, desto höher ist die Gefahr für einen Krieg.

Dass aber vor allem der kurzfristige Gewinn zählt, ist kein Zufall. In einem Wirtschaftssystem, das Unternehmen zu immer höheren Renditen zwingt, ist eine langfristige Planung, die sich am gesellschaftlichen Nutzen statt am Profit orientiert, nicht vorgesehen.

Mehr Informationen:

surplusmagazin.de/studie-ruestungsboom-militarisierung-rheinmetall-aufruestung

nzz.ch/pro/deutschlands-milliarden-fuers-militaer-sind-kein-zaubermittel-fuer-die-wirtschaft-ld.10015358

Mythos 8: Wer wirtschaftlich stark sein will, muss auch militärische Stärke zeigen.

Die Ausrichtung auf Kriegswaren reicht offenbar nicht, um die Wirtschaft zu stabilisieren: Langfristig sollen deutsche Soldat:innen deutsche Wirtschaftsinteressen mit der Drohne erkämpfen. Friedrich Merz fordert, Deutschlands Interessen zu definieren, und erkennt selber: *„Aber wir müssen sie auf der Welt auch durchsetzen.“*

Es wird nicht nur – wie behauptet – zur Verteidigung gegen Russland aufgerüstet, sondern in Vorbereitung auf mögliche Auslandseinsätze. Das bedeutet nicht, dass Deutschland plötzlich einen Angriffskrieg auf Polen starten wird.

Sondern eher: Deutschland wird sich an NATO- oder EU-Missionen (= Kriegen) militärisch beteiligen und dabei Zugang zu Energie, Wasser oder neuen Investitionsmöglichkeiten und Absatzmärkten sichern. Das sind die *Interessen Deutschlands* und anderer westlicher Staaten, von denen Kanzler Merz redet.

Was uns heute als Gefährdungslage und *Verteidigungsbereitschaft* präsentiert wird, soll uns an das gewöhnen, was morgen als notwendig verkauft wird. Dabei dürfen wir uns nie der Illusion hingeben, dass Panzer und Patronen jemals in unserem Interesse als Arbeiter:innen und Menschen eingesetzt werden.

Mehr Informationen:

bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw13-de-regierungsbefragung-1143122

gegenwind.news/2025/kurzen-bis-es-knallt

Bertolt Brecht: Wenn die Oberen vom Frieden reden

Mythos 9: Deutsche Unternehmen haben schlecht gewirtschaftet, deshalb stecken sie in der Krise.

Diesen Vorwurf hört man immer wieder, besonders bei Autoherstellern wie VW. Das Geschäftsmodell dieser Unternehmen hat über lange Zeit durchaus gut funktioniert. 2025 kam dann der Schock: *„Gewinn bei VW um fast die Hälfte eingebrochen.“* Sogar die Dividenden für die Aktionär:innen sind gesunken. Aber warum ist das ein Problem?

In der Logik unseres Wirtschaftssystems ist jedes Unternehmen darauf angewiesen, immer weiter zu wachsen. Das bedeutet: mehr Produkte zu verkaufen und immer billiger und schneller zu produzieren. Denn wenn die Wirtschaft wächst, muss auch ein Unternehmen wachsen – sonst schrumpft es im Vergleich zu anderen Unternehmen.

Sinkt die Nachfrage nach einem Produkt oder steigen die Energiepreise, kann das Unternehmen nicht wachsen und steckt in der Krise.

Die Folgen sind häufig: Entlassungen, Lohnkürzungen und schlechtere Arbeitsbedingungen. Das alles geschieht, um irgendwie wieder *wachsen* zu können. Natürlich können Unternehmen schlechte Entscheidungen treffen. Auf viele äußere Bedingungen haben sie aber keinen Einfluss. Das Grundproblem bleibt: der Zwang zu stetigem Wachstum – auf Kosten von Menschen und Umwelt. Stattdessen sollte das produziert werden, was tatsächlich gebraucht wird und den Bedürfnissen der Menschen entspricht.

Mehr Informationen:

jacobin.de/deutschland-vw-china-autoindustrie

Podcast: Surplus Magazin “VW-Krise: Das steckt dahinter”

Mythos 10: In Deutschland wurde zu wenig investiert.

Es gibt in Deutschland tatsächlich einen riesigen Mangel an Investitionen. 2025 wurde so wenig investiert wie seit 1990 nicht mehr. Begründet wird das meist mit den hohen Energiekosten, Krieg und dem Fachkräftemangel. Aktuell investiert der Staat mit dem *Sondervermögen* wieder deutlich mehr. Wird jetzt also alles besser?

Investieren bedeutet in diesem Kontext, dass Unternehmen beispielsweise Geld für neue Maschinen ausgeben, um mehr produzieren zu können und damit mehr Profit zu machen. Staatliche Investitionen dagegen haben das Ziel, bessere Bedingungen für Unternehmen zu schaffen, und sind wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung. Zum Beispiel durch den Ausbau von Straßen und Schulen.

Wenn nun also gesagt wird, dass „zu wenig investiert wird“, dann stimmt das zunächst. Die Schulen sind marode, das Gesundheitssystem zerfällt. Daraus folgt aber nicht automatisch, dass mehr Investitionen die wirtschaftliche Lage für uns alle verbessern würden. Investiert wird nämlich dort, wo sich Investoren im Anschluss Gewinne erhoffen. Der Staat investiert gerade vor allem in die Militarisierung. Also in Panzer, Munition und kriegsrelevante Infrastruktur. Es geht also gar nicht nur darum, wie viel investiert wird, sondern auch darum, worin. Das Geld, das in die Hand genommen wird, ist nur selten für uns bestimmt.

Mehr Informationen:

tagesspiegel.de/wirtschaft/deutschland-fahrt-auf-verschleiss-geringste-investitionsquote-seit-1990-15392166.html

spiegel.de/wirtschaft/soziales/haushalt-2027-wo-lars-klingbeil-die-milliarden-herholt

Mythos 11: Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten.

Ständig hört man diesen Satz. In den Medien, aus der Politik und selbst von Kolleg:innen. Friedrich Merz sagt, wir könnten uns „*dieses System, das wir heute so haben, einfach nicht mehr leisten.*“ Stimmt das also? Gemessen an der Wirtschaftsleistung sind die Ausgaben für Grundsicherung, Rente und Arbeitslosenversicherung sogar unverändert oder niedriger als vor 20 Jahren. (IMK).

Der *Sozialstaat* war nie nur ein *Geschenk* an uns, sondern lange auch für Staat und Wirtschaft sehr nützlich. Eine gute Gesundheitsversorgung ermöglicht es den Menschen, länger zu arbeiten, und Kinderbetreuung sorgt dafür, dass beide Elternteile arbeiten können. Unternehmen können extrem niedrige Löhne zahlen, weil der Sozialstaat es vielen Arbeiter:innen ermöglicht, mit der Grundsicherung (Bürgergeld) aufzustocken.

Angesichts der aktuellen Krise(n) und der Tatsache, dass die Menschen zwar immer länger leben, aber nicht mehr länger arbeiten, will sich der Staat das nicht mehr leisten.

Besonders die Kürzungen bei der Grundsicherung senden ein klares Signal. Bleibt schön brav an der Stelle, wo ihr gesellschaftlich gelandet seid. Fordert bloß keine besseren Löhne und beschwert euch nicht über schlechte Arbeitsbedingungen, sonst droht euch der Absturz.

Mehr Informationen:

sozialstaat.igmetall.de/mythen-ueber-den-sozialstaat/der-sozialstaat-ist-zu-teuer--oder

suedkurier.de/geld-leben/finanzen/buergergeld-aufstocker-so-viele-personen-erhalten-die-grundsicherung-trotz-arbeit-14-110408962

Podcast: Wohlstand Für Alle, Ep. 344



So wie es ist, kann es nicht bleiben!

„Wir befinden uns in einem Umbruch“, liest man in den Nachrichten, „Zeitenwende“ hört man von der Politik. Aufrüstung und Kürzungen werden uns als die notwendigen Konsequenzen verkauft.

Was wäre, wenn wir uns stattdessen dazu entscheiden, eine neue Form des Wirtschaftens zu entwickeln? Eine Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Ohne Gewinner und Verlierer?

„Die ökonomische Anarchie der kapitalistischen Gesellschaft heute ist meiner Meinung nach die eigentliche Ursache des Übels.“

(Albert Einstein, Sozialist)

Wir haben viel zu verlieren – und noch viel mehr zu gewinnen. Schließen wir uns zusammen für eine bessere Zukunft.
Wir für uns!

Diese Broschüre ist Teil der Kampagne:
Wir für uns! – Gegen ihre Kürzungen.

Die *Initiative Kämpfende Arbeiter:innen* (IKA) unterstützt Arbeitskämpfe in Berlin und bietet neben einer Rechtsberatung auch Bildungsangebote und ein soziales Programm zum Austauschen und Aktivwerden an.

Du hast Probleme am Arbeitsplatz oder willst dich gemeinsam mit anderen gegen Kürzungen wehren? Dann schreib uns oder lern uns bei einem unserer offenen IKA-Abende kennen.

Mehr Informationen:



ika-berlin.org



info-kontakt@ika-berlin.org



[@initiativekaempfendearbeiter](https://www.instagram.com/initiativekaempfendearbeiter)



t.me/ika_berlin